

Expedition: Herrstraße Nr. 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche in fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer



Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thlr. 11/4 Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
1/4 Sgr.

Mittagsblatt.

Freitag den 4. Februar 1859.

Nr. 58.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

London, 3. Februar. Ihre Majestät die Königin hat das Parlament in Person eröffnet. An der Stelle über die auswärtige Politik sagt die Thronrede wörtlich: „Ich erhalte von allen fremden Mächten Versicherungen ihrer freundschaftlichen Gefühle. Diese Gefühle zu pflegen und zu bestärken, die Treue der öffentlichen Verträge unverletzt zu erhalten, und so weit mein Einfluß reicht, zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen, dies sind die Zwecke meiner unaufhörlichen Sorgfalt. Ich habe mit den Souveränen, welche den pariser Frieden 1856 mit unterzeichneten, eine, die Organisation der Donau-Fürstenthümer betreffende Convention abgeschlossen. Diese rumänischen Provinzen sind jetzt beschäftigt, deren Bestimmungen gemäß ihre neue Regierungsform festzusetzen. Ein von mir mit dem russischen Kaiser abgeschlossener Handelsvertrag, der Ihnen vorgelegt werden soll, ist ein befriedigendes Anzeichen für die vollkommene Wiederherstellung jener freundschaftlichen Beziehungen, welche bis zur letzten unglücklichen Unterbrechung, zum gegenseitigen Vortheil unserer resp. Reiche lange bestanden haben. Ich habe große Befriedigung, Ihnen anzuzeigen, daß der französische Kaiser ein System der Regenerationswanderung von der Ostküste Afrikas abgeschafft hat, welches trotz aller Wachsamkeit den Sklavenhandel ernüchterte, betreffs dessen meine Regierung nie aufhörte, dem Kaiser die ernstesten, wenn gleich freundschaftlichen Vorstellungen zu machen. Dieser weise Schritt Sr. Majestät läßt mich hoffen, daß die in Paris jetzt schwebenden Verhandlungen zur gänzlichen Abschaffung dieses Systems führen werden. — In Betreff Mexikos sagt die Thronrede: die Engländer hatten dort trotz aller Vorstellungen so viel zu leiden, daß endlich ein britischer Flottenkommandant daselbst Ordnung erhielt, eine Entschädigung zu fordern und zu erzwingen. — Die Thronrede erwähnt des chinesischen und japanischen Traktats, und erhofft die baldige vollständige Pacification Indiens. Sie erwähnt dankbar der glücklichen inneren Zustände Englands, kündigt ein größeres Flottenbudget an, Bill's für die Parlamentsreform, Bill's zur Reform der Bankeruntersetzgebung, der Grundbesitz- und Kriminal-Gesetzgebung.

Wien, 3. Februar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Corfu vom 29. v. M. hat das dortige Parlament eine Kommission zur Durchführung der Union niedergesetzt. Sir Gladstone hat in einer Botschaft dieses Verfassens als verfassungswidrig bezeichnet und will nur eine desfallsige Bittschrift zulassen.

Paris, 3. Februar. Der Prinz und die Prinzessin Napoleon haben soeben ihren feierlichen Einzug in die Tuilerien gehalten.

Paris, 3. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 35. Das, was man der Börse über die englische Thronrede sprach, verfehlte die Spekulationen in große Unruhe und Aufregung. Die Rente fiel auf 67, 40 und schloß zur Notiz.

Schluss-Course: 3pCt. Rente 67, 50. 4 1/2 pCt. Rente 96, 90. 3pCt. Spanier 40. 1pCt. Spanier 30. Silber-Anleihe —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 547. Kredit-mobilier-Aktien 755. Lombardische Eisenbahn-Aktien 500. Franz-Joseph 501.

London, 3. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Consols 95 1/2. 1proz. Spanier 29 1/2. Mexikaner 20 1/2. Sardinier —. 5proz. Russen 112 1/2. 4 1/2proz. Russen 99 1/2.

Der Dampfer „Avon“ ist von Brasilien in Lissabon, und der „North American“ von Newport in Southampton angekommen.

Wien, 3. Februar, Mittags 12 Uhr 45 Min. Course behauptet. — Neue Loose 97, —. 5proz. Metalliques 78, 20. 4 1/2proz. Metalliques 70, 60. Bant-Aktien 930, —. Nordbahn 171, 20. 1854er Loose 108, 50. National-Anleihen 80, 20. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 233, 70. Kredit-Aktien 215, 30. London 104, —. Hamburg 78, 40. Paris 41, 40. Gold 104, —. Silber —. Elisabethbahn 122, —. Lombardische Eisenbahn 97, —. Neue Lomb. Eisenbahn 101, —.

Wien, 3. Februar, Abends 7 Uhr. An der heutigen Abendbörse herrschte eine laue Stimmung. Kredit-Aktien wurden zu 210, 30, Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien zu 228, 80, Nordbahn zu 169, 80 gehandelt.

Der Bantausweis für den Monat Januar ist erschienen und lautet günstig. Der Metallvorrath hat sich um 1 1/2 Millionen Gulden vermehrt, der Noten-Umlauf um 1 1/2 Millionen Gulden vermindert.

Frankfurt a. M., 3. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Lebhafter bei theilweise höheren Courten.

Schluss-Course: Ludwigsb.-Verbinder 145 1/2. Wiener Wechsel 111 1/2. Darmst. Bant-Aktien 219. Darmstädter Zettelbank 226. 5proz. Metalliques 72 1/2. 4 1/2proz. Metalliques 64 1/2. 1854er Loose 102 1/2. Oesterreichisches National-Anleihen 74 1/2. Oester. Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 260 1/2. Oesterreich. Bant-Antheile 1034. Oester. Kredit-Aktien 239. Oesterreich. Elisabeth-Bahn 177 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 57. Mainz-Ludwigsb.-Aktien Litt. A. —. Mainz-Ludwigsb.-Aktien Litt. C. —.

Hamburg, 3. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr. In Oesterreich. Effekten lebhaftes Geschäft.

Schluss-Course: Oesterreich. Französl. Staats-Eisenbahn-Aktien —. National-Anleihe 76 1/2. Oester. Credit-Aktien 102. Vereins-Bant 97 1/2. Norddeutsche Bant 83. Wien —.

Hamburg, 3. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, abwärts stille, aber fest gehalten. Roggen loco unverändert, abwärts stille. Del pro Mai 28 1/2, pro Oktober 27 1/2. Kaffee rubig. Die neuen Brasilberichte waren noch nicht bekannt, obwohl gestern der Brasilsteamer von Lissabon nach Southampton weiter gesegelt ist. Zint stille.

Liverpool, 3. Februar. [Baumwolle.] 7000 Ballen Umlauf. — Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 2. Februar. Aus Turin wird von gestern Abends gemeldet, daß in Venedig zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sind. Unter den davon Betroffenen befindet sich auch der Advokat Lombardi, der Rebatteur Jambri und einige bereits annehmierte Personen. Zu Padua hat der Prozeß gegen die bei den Unruhen beteiligten Studenten begonnen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

L. C. C. Neunte Sitzung des Hauses der Abgeordneten, am 3. Februar.

Anfang der Sitzung 12 1/2 Uhr. Präsident Graf Schwerin. Am Ministerische v. Auerwald, v. d. Heydt, Simons, v. Patow, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bückler. Der Minister des Innern ist durch den Unterstaats-Sekretär Sulzer vertreten. — Als Regierungs-Kommissionen fungiren: für das Kriegsministerium Oberstleutnant v. Hartmann, für das Innere Geh. Rath Wenzel.

Der Präsident theilt mit, daß Graf Bourtales sein Mandat niedergelegt habe, da er zum preussischen Gesandten in Paris ernannt worden; dem Minister des Innern wird hiervon zur Veranlassung einer Neuwahl Mittheilung gemacht werden. Zur Tagesordnung übergehend werden drei Abgeordnete vom Präsidenten vereidigt.

Auf der Tagesordnung stehen Berichte der Petitionskommission. Ueber die Petition des Hauslehrers Kunze zu Neumünsterberg, seine Rehabilitirung bei der Staats-Regierung zu veranlassen, geht das Haus, dem Antrag der Kommission gemäß, ohne Disjunktion zur Tagesordnung über.

Es erfolgt die Berathung über die bereits erwähnte Petition der neumarkter Kreisstände, betreffend die Erstattung von Transportgebühren für die Landwehr-Kavallerie-Regimente nach den Uebungsorten. Abg. v. Salviati ist Vertreter des neumarkter Kreises und hat die Angelegenheit und die gesetzliche Regelung dieses Gegenstandes auch auf dem Kreisstage zur Sprache gebracht. Trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten, sagt er, herrsche über diese Frage im neumarkter Kreise Einstimmigkeit; die Angelegenheit sei aber keine lokale, sondern es sei von allgemeinem Interesse, daß nicht neben dem Gesetze eine Herrschaft der Majorität sich mehr und mehr über das Land ausbreite. Die Ausführung des Reichspunktes anlangend, verweist er auf den Commissionsbericht; die von den Ständen bestrittene Forderung der Regierung sei aber nicht bloß im Rechte nicht begründet, sondern auch ihrer Höhe nach auffallend. Der Redner fährt zum Beweise der letzteren Behauptung Gablen an, aus denen sich ergebe, daß der neumarkter Kreis im Vergleich mit den benachbarten Kreisen übermäßig hoch herangezogen worden sei, und beruft sich über diesen Punkt auch auf mehrere Landräthe, die Mitglieder des Hauses seien. Eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit sei dringend erforderlich. Gegen die Zurückstattung des gezahlten Betrages seien zwar vom Regier.-Commiss. schon in der Commissions-Berathung vorgebracht worden, jedoch nicht durchführbar. Das Recht des neumarkter Kreises könne dadurch nicht alterirt werden, daß andere Kreise sich bei der Maßregel berathigt hätten. Die Angelegenheit sei von einem anderen Gesichtspunkte aus bereits früher im Abgeordnetenbauze zur Sprache gebracht worden, und der damalige Kriegsminister, Graf Waldersee, habe sich in einem den Petenten günstigen Sinne ausgesprochen. Der Einwand, die tatsächlichen Verhältnisse ständen der Herstellung eines mit dem Rechte im Einklang befindlichen Zustandes entgegen, sei in jedem Lande und zu jeder Zeit gefährlich. Ein richtig gebrauchtes Petitionsrecht sei das geeignetste Mittel, den Mängeln der Verwaltung Abhilfe zu verschaffen, und dann handle es sich hier um Aufrechterhaltung der korporativen Elemente. — Abg. Hartmann (Kottbus) spricht gegen den Antrag auf Zurückstattung des gezahlten Betrages an den Kreis Neumark; er ist der Ansicht, diese Frage müsse zunächst im Rechtswege festgesetzt werden, und beantragt deshalb den Antrag zu theilen.

Reg.-Commissar des Min. des Innern (Reg.-Assessor v. Wolff): Die Regierung könne sich auch jetzt noch nicht von der Ungeheuerlichkeit der Maßregel überzeugen; sie erkenne aber an, daß durch die Maßregel manchen Kreisen erhebliche Mehrkosten entstanden seien. Die Regierung sei deshalb für die Zukunft auf Abhilfe bedacht, könne aber das Vergangene nicht mehr abstellen, und beantrage deshalb die Ablehnung des — die Zurückstattung betreffenden — zweiten Theils der Petition.

Abg. Wächler: Der Gegenstand sei von allgemeinem Interesse. Es handle sich darum, ob den Kreisen im Verwaltungswege eine neue Last aufgelegt werden dürfe. Die Befugnis Sr. Majestät als obersten Kriegsherrn zur Aenderung der Landwehr-Organisation könne nicht in Zweifel gezogen werden; es handle sich nur darum, ob die dazu erforderlichen Kosten im Verwaltungswege aufgebracht werden dürfen. Die Kabinets-Ordre vom 17. September 1831 sei hier maßgebend; die hier in Rede stehende Last sei aber in jenem Gesetze nicht vorgesehen, sei deshalb eine neue Last, die nur im Wege der Gesetzgebung aufgelegt werden dürfe; eines Prozesses bedürfe es vorher nicht.

Abg. v. Prittwitz tritt, was den ersten Theil der Frage anbelangt, den Petenten bei, beantragt aber über den zweiten Theil der Petition die Frage zu theilen. Es handle sich hier nicht um ein bloßes Restrikt, sondern um einen allerhöchsten Erlaß, der aufrecht erhalten werden müsse. Die Behörden haben so verfahren, wie sie berechtigt gewesen seien zu verfahren; eben so wie die korporativen Elemente, seien auch die Behörden in ihrer Autorität aufrecht zu erhalten.

Finanzminister v. Patow: Die Regierung sei bei der in Rede stehenden Angelegenheit von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Aufbringung der Transportkosten Sache der Kreise sei. Darin beruhe das Wesentliche der Kabinets-Ordre von 1831; mit den veränderten Militärverhältnissen habe sich auch der Modus der Aufbringung der Kosten ändern müssen. Für die Zukunft solle der Gegenstand gesetzlich geregelt werden; ein Zurückgehen auf die Vergangenheit müsse aber zu großen Inconvenienzen, vielen Reklamationen anderer Kreise und Rücksicherungen in unerwartet hohem Betrage führen. Er gebe deshalb anheim, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Die Regierung werde sich allerdings auch der Beachtung der Frage nicht entziehen, ob eine Ausgleichung für die Vergangenheit möglich sei; ein Beschluß des Hauses hierüber werde aber sofort zu den oben angegebenen Nachtheilen führen.

Referent Abg. v. Bodum-Dolffs erklärt auf die Anfrage des Präsidenten Namens der Petitionskommission, daß sie in eine Theilung der Petition nicht willige. Der Zustandungsgang sei gewahrt; den höchst zweifelhaften Versuch, den Rechtsweg einzuschlagen, könne man den Petenten nicht zumuthen, zumal es zweifelhaft sei, gegen wen geltend werden solle.

Der Abg. Brämer beantragt, die Petition an die Petitionskommission zur nochmaligen Berathung zurückzuweisen. — Wegen der Theilung der Frage wird gestritten. Der Präsident hält den Referenten der Kommission allein berechtigt, über die Theilungsfrage zu entscheiden. — Abg. Ströhm befreit diese Befugnis, theilweise getrennte Anträge zusammenzufassen, und bittet den Referenten, in die Theilung zu willigen. — Abg. v. Vinde (Hagen): Die Ansicht des Präsidenten habe die Praxis des Hauses für sich; die vorliegende Petition hänge in ihren einzelnen Theilen durchaus logisch zusammen; der erste Konstatirte ein Unrecht, der zweite beantragte Reparation dieses Unrechts; der Bitte des Vorredners schließe er sich übrigens an, weil ohne Theilung der Frage viele Kapitvird werden würden, namentlich Mitglieder der „Linken“, die doch der Regierung keine „systematische Opposition“ machen wolle. — Der Referent Abg. von Bodum-Dolffs willigt nun Namens der Kommission in die Theilung der Petition. Der erste und zweite Theil der Petition — Ueberweisung der Beschwerde zur Berücksichtigung, „unter dringender Empfehlung zur gesetzlichen Regelung des Gegenstandes“, und Siftirung fernerer Einziehung von Transportkosten — werden mit großer Majorität angenommen; der dritte Theil — Zurückstattung des gezahlten Betrages an den Kreis Neumark — wird abgelehnt, obgleich Abgeordnete auf allen Seiten des Hauses dafür stimmen.

Die Grundbesitzer Richter und Gen. beschwerten sich darüber, daß sie von den zur Ausübung des Bergregals Berechtigten für den auf der Oberfläche ihres Grundbesitzes angerichteten Schaden nicht ausreichend entschädigt würden; sie beantragten demnach eine Abänderung der Gesetzgebung über das Abföhrungsverfahren bei Ausübung des Bergregals. Das Haus geht über die

Petition, ebenso wie über die des ehemaligen Eisenbahnwärters Kunze wegen Entlassung aus dem Dienste zur Tagesordnung über; desgl. über eine Petition des Kunstgärtners Schapitz wegen Entschädigungsansprüche an den General v. Hirschfeld für Blumen im tollener Schloßgarten. — Abg. v. Vinde (Hagen) referirt statt des krank gewordenen Abg. Schmidt (Simmern) über die (bereits erwähnte) Petition des Dr. Laub, welcher für sich und alle in gleicher Lage befindlichen Besitzer Beschwerde gegen die durch den Wellenschlag der Dampfschiffe hervorgerufenen Abspülungen der Ufer des Rheins erhebt. Der Betent stellt als Thatfache auf, daß seit dem Bestehen der Dampfschiffe wenigstens 16—18,000 Morgen Land an dem rechten Rheinufer abgesehmet worden seien, welches, den Morgen zu 300 Thlrn. gerechnet, einen Werth von 5 Millionen Thalern ausmachen würde; er ist der Meinung, daß dem Uebel nur dadurch abgeholfen werden könne, daß entweder der Strom mit einer Steinmauer eingefäßt, oder das Befahren des Rheins mit Dampfschiffen gänzlich verboten werde, sobald der Wasserstand die mittlere Höhe erreicht habe. Der Betent hat sich seit dem Jahre 1845 an verschiedene Behörden gewendet; in allen darauf ergangenen Bescheiden ist jedoch hervorgehoben, daß die Regierung wegen bestehender Staatsverträge einseitig zu handeln nicht im Stande sei. Bereits im Jahre 1856 hat diese Angelegenheit dem Hause der Abgeordneten vorgelegen; der Handelsminister erklärte bei der damaligen Verhandlung, daß die Regierung erbötig sei, Verträge zu Schutzbauten zu geben; es sei indessen darauf geantwortet worden, daß der Grund und Boden nicht so viel werth sei, als die Kosten der Instandhaltung betragen würden, und in diesen Worten werde „das richtige Bild vom Stande der Sache“ gegeben. Seitens des Regierungs-Kommissars ist in der Kommission angeführt, daß nach unserer Gesetzgebung dem Staate keine Verbindlichkeit obliege, die Ufer der Ströme vor Privatgrundstücken gegen Abbruch sicher zu stellen, daß schon in der ganzen Ausdehnung des preussischen Rheins die linke Seite, auf welcher der Leinpfad liegt, durch eine fortlaufende Uferbefestigung aus Staatsfonds gegen Abbruch sicher gestellt werde, obgleich hierzu eine Verpflichtung nicht vorliege, und daß endlich nicht zu unterscheiden sei, welcher Schaden auf natürlichem Wege (durch Hochwasser u.) oder durch die Dampfschiffe herbeigeführt werde. Die Kommission beantragt mit Stimmenmehrheit den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Reichenperger (Köln) empfiehlt die Petition der Aufmerksamkeit des Hauses und beantragt, dieselbe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Schon in der Debatte, welche im Jahre 1856 stattfand, sei das Haus im Großen und Ganzen mit den Anträgen der Petenten einverstanden gewesen und habe die Petition mit großer Majorität der Staatsregierung überwiefen. Die Hoffnungen, welche an jene Ueberweisung geknüpft wurden, seien nicht erfüllt worden, da der Betent wiederum im Januar v. J. kurz abgemessen worden. Die Staatsregierung könne den entstandenen Schaden selbst nicht in Abrede stellen, sie bestreite nur, daß derselbe sich auf 16—18,000 Morgen belaufe. Es rechtfertige sich wenigstens, genau zu ermitteln, welchen Umfang die Abspülungen erreicht haben und wie hoch sich der Schaden belaufe. Auch komme noch ein Interesse zur Sprache, welches in seiner Bedeutung noch schwerer wiege als das Privatinteresse. Es liege nämlich in der Natur der Sache, daß in Folge der Uferabspülungen mehr und mehr Veränderungen des Rheins eintreten, und es könne nicht gelugnet werden, daß die häufigen Ueberschwemmungen der Niederungen des Rheins eine Folge der überhandnehmenden Veränderung seien. Dies sei ein Fall, wo die Staatsregierung eingreifen müsse, da die Uebelstände durch Verbände der Privatbesitzer zu beseitigen fast unmöglich sei. Es sei in der Kommission darauf hingewiesen, daß die Staatsregierung einseitig nicht handeln könne; aber die Rheinscholle würden noch immer erheben, und deren Ertrag könnte nach und nach zum Ersatz des von den Dampfschiffen angerichteten Schadens verwendet werden. Auch könnte zu diesem Zwecke den Dampfschiffen eine Steuer auferlegt werden und zwar nach ihrer Größe; das würde nur gerecht sein, da man ja auch den Eisenbahnen eine Steuer auferlegt habe. Er empfehle deshalb seinen Antrag zur Annahme. Der Antrag des Abg. Reichenperger erhält ausreichende Unterstützung.

Abg. v. Ammon: Er müsse sich gegen den Antrag erklären, obwohl er mit dem Wunsche des Vorredners, daß den Petenten geholfen werden möge, übereinstimme. Die Petition enthalte vielfache Uebertreibungen; er wolle nur anführen, daß die Insel Nonnenwerth eine Verminderung ihres Terrains nicht durch die Dampfschiffahrt erfahren habe, sondern durch Naturereignisse. Es werde sich nicht ermitteln lassen, in welchem Maße der Schaden durch die Dampfschiffahrt oder durch andere Umstände herbeigeführt sei. Auch die von den Petenten vorgeschlagenen Mittel zur Erreichung des Zweckes seien nicht zu billigen; eine Unterlagung der Dampfschiffahrt bei mittlerer Höhe des Wasserstandes u. d. würde den Verkehr auf dem Rheine gänzlich vernichten; eine Steuer würde zu schwer auf den Dampfschiffen ruhen schon wegen der Konkurrenz, welche diese auszubalten hätten. Was die Verpflichtung des Staates betreffe, so müsse er diese der Regierung überlassen; dem Staate eine unbedingte Verpflichtung aufzuerlegen, würde zu weit gehen. Er unterstütze den Kommissionsantrag, weil die Petition ein eigentliches Petikum nicht enthalte, sondern die Sache der Weisheit des Hauses überlasse, welches dann wieder auf die Staatsregierung zurückgehen müsse.

Abg. Strohn kann die Ansicht der Staatsregierung hinsichtlich ihrer Verpflichtung nicht als unbedingt richtig anerkennen. Es handle sich um die Beschädigungen auf dem rechten Ufer des Rheins zwischen Ehrenbreitstein und Königswinter. Hier gelte das gemeine Recht, und nach diesem habe der Staat eine Verpflichtung zur Erhaltung der Ufer auf preussischem Gebiete. Das erste und zweite Ufer im seinem Privatrecht an; eben so gebe es daraus hervor, daß der Staat Eigentümer des Rheins sei, und als solcher, nach gemeinem Rechte, von seinem Eigentum keinen solchen Gebrauch machen dürfe, der seinen Nachbar beschädige. Außerdem aber liege es im Interesse des Staates, die Ufer zu erhalten, um dadurch ferneren Entschädigungen vorzubeugen.

In einer Erwiderung führt Abg. Reichenperger an, daß die Dampfschiffahrt wohl zu einer geringen Ueberschreitung für die Beseitigung des Schadens angehalten werden könnte. Um zu ermitteln, ob die Anführungen des Petenten übertrieben seien, wüßte er eben die Ueberweisung der Petition an die Regierung.

Handelsminister v. d. Heydt: Nach der Berathung dieses Gegenstandes im Jahre 1856 sei derselbe einer sorgfältigen Ermüdung unterworfen worden; die Regierung aber habe sich nicht überzeugen können, daß für sie eine Verpflichtung zur Ueberdeckung vorliege. Die Ueberdeckung seitens der Regierung könne sich nur beschränken auf solche Maßregeln, welche das Interesse der Schiffahrt gebiete. Das Bild, welches Abg. Reichenperger von dem Zustande des Rheins entworfen, sei zu schwarz; er glaube nicht, daß die Rheinländer wünschen, es möge die Dampfschiffahrt in der vorgeschriebenen Weise beschränkt werden, und wenn der Abgeordnete auf die hohen Dividenden hingewiesen habe, welche die Dampfschiffahrts-Gesellschaften zahlen, so habe er vergessen, daß dieselben durch das Actien-Steuergesetz gezwungen seien, ziemlich bedeutende Summen an den Staat zu entrichten. Wenn auf gesetzliche Regelung der Angelegenheit hingewiesen worden, so wüßte er wohl, ein solches Gesetz vorgelegt zu haben, da es sehr schwer halten würde zu ermitteln, welche Schiffe und ob die Schiffahrt oder Naturereignisse den Schaden anrichteten. Es scheine also keine Veranlassung vorzuliegen, die Petition der Regierung in dem Sinne zu überwiefen, daß ihr eine allgemeine Verpflichtung auferlegt würde. Das würde auch mit ungeheuren Geldopfern verbunden sein. Eine Ueberschreitung der Regierung sei stets da eingetreten, wo es das Schiffahrtsinteresse erheischt habe; weiter aber gebe die Verpflichtung der Regierung nicht.

Abg. Reichenperger erwidert: Falls die Aufforderung des Handelsministers an ihn gerichtet sei, so sei er sehr gern bereit, an die Bearbeitung eines solchen Gesetzes zu gehen, sobald ihm die Regierung das notwendige Material vollständig in die Hand gebe.

Abg. v. Vinde (Hagen) als stellvertretender Berichterstatter: Ich muß mich

